

Potsdam, 01.12.2011

Eklat im Bildungsausschuss

BPV und GEW übergeben Abgeordneten Evaluationsbericht - Ministerin in Erklärungsnot

Wie kann eine Ministerin den Mitgliedern des Bildungsausschusses des Brandenburger Landtags erklären, weshalb sie ihnen den Evaluationsbericht zur Arbeit und Aufgaben der staatlichen Schulämter 8 Monate vorenthielt?

Wie sollen die Abgeordneten damit umgehen, dass sie eben diesen Bericht erst durch den Brandenburgischen Pädagogen-Verband (BPV) und die GEW unmittelbar vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Struktur der Staatlichen Schulämter“ überreicht bekamen, während sie vom MBS nur eine magere eineinhalbseitige Tischvorlage zu diesem Thema erhielten?

Doch der Reihe nach: Vor fast einem Jahr wurden durch das MBS ausgewählte Fachleute beauftragt, zu evaluieren, inwieweit die Arbeit der sechs Staatlichen Schulämter den Erfordernissen entspricht. Seit April 2011 beschäftigt sich diese Arbeitsgruppe mit Gedankenspielen, welche Aufgaben zentralisiert bzw. welche in den Staatlichen Schulämtern verbleiben sollen. Noch bevor diese Arbeitsgruppe jedoch ihren Evaluationsbericht vorgelegt hat, entwickelte eine kleine Kommission aus Vertretern der Regierungskoalition ein Konzept zur „Verwaltungsmodernisierung“. Für den Bereich Bildung sieht dieses Konzept u.a. die Abschaffung der sechs Schulämter und die Schaffung einer Landesschulbehörde vor.

Heute nun lautete im Bildungsausschuss ein Tagesordnungspunkt „Schriftlicher Bericht des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zum (Zwischen-)Ergebnis der Evaluation der Staatlichen Schulämter“. Jedoch wurde den Abgeordneten nicht etwa der erwartete Evaluationsbericht vorgelegt, sondern die oben erwähnte eineinhalbseitige Tischvorlage. Den Bericht erhielten die Abgeordneten aus den Händen der BPV- und GEW-Vertreter.

c/o dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund brandenburg
Behlertstraße 28A
14469 Potsdam

Telefon/Fax: 035451-90713
mail: staeker@bpv-vbe.de
Internet: <http://www.bpv-vbe.de>

Herr Hartmut Stäker
V.i.S.P.

Frau Catharina Vater
Vertreterin

Der VBE ist eine der beiden großen
Lehrerorganisationen in Deutschland.
Er vertritt ca. 140 000 Pädagoginnen
und Pädagogen in allen Bundesländern.

Die Ministerin hatte offensichtlich nie die Absicht die Parlamentarier über diesen Bericht zu informieren. Dieser Bericht spielte offensichtlich bei der Erarbeitung der Konzeption der Landesregierung zur Reform der Staatlichen Schulämter keine Rolle. Dafür bestätigte die Ministerin, dass sie die staatlichen Schulämter in der jetzigen Form abschaffen und durch eine zentrale Landesschulbehörde ersetzen will.

Und das vorbei an allen Mitwirkungs- und Beteiligungsgremien, Arbeitsgruppen und Parlamentariern. Dieses Vorhaben und die Art und Weise, wie es umgesetzt werden soll, führt nicht nur die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die im Auftrag des MBSJ und damit derselben Ministerin diesen ausführlichen Evaluationsbericht erstellte, ad absurdum, sondern brüskiert auch die Parlamentarier.

Da halfen auch wortreiche Erklärungen über Missverständnisse nicht. An die konnte ohnehin keiner der Anwesenden glauben, hatte man doch in den letzten Sitzungen des Ausschusses immer wieder nach diesem Bericht gefragt.

Grundprinzipien der parlamentarischen Arbeit seien verletzt worden, erklärte selbst der Fraktionspartner – auch er war weder über den Bericht, noch über das Vorhaben der Abschaffung der Schulämter im Vorfeld informiert worden.

„Was haben Sie uns noch alles vorenthalten?“ war die Frage, die im Raum stand und trotz versuchter Erklärungen unbeantwortet blieb.

Aber nicht nur der Bildungsausschuss wurde übergangen.

Weder der Hauptpersonalrat, noch Gewerkschaften und Verbände und Mitwirkungsgremien wurden in irgendeiner Weise angehört oder gar beteiligt.

Ein zweifelhaftes Kabinettsstück in Sachen Demokratie